

Südafrikas Kohleexporte nach Israel untergraben Solidarität mit Palästina – Patrick Bond, Teil 2/2

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Talia Baroncelli (TB): Hallo, ich bin Talia Baroncelli und Sie sehen *theAnalysis.news*. Dies ist Teil zweier Gespräche mit dem politischen Ökonomen Patrick Bond. Wir werden über die Überakkumulation von Kapital wie auch über BRICS-Subimperialisten sprechen und darüber, was einige andere Länder in Bezug auf die Einhaltung des Völkerrechts und die Rechenschaftspflicht Israels für den Völkermord an den Palästinensern unternommen haben.

Wenn Sie uns unterstützen möchten, besuchen Sie unsere Website *theAnalysis.news*. Spenden Sie gerne oben rechts auf dem Bildschirm. Tragen Sie sich auch in unsere Mailingliste ein, damit Sie alle unsere Inhalte direkt in Ihrem Posteingang abrufen können. Sie können unseren YouTube-Kanal abonnieren und liken, und durch Klicken auf die Glocke alle unsere Benachrichtigungen erhalten oder uns über Apple oder Podcast-Streaming-Dienste anhören. Nun aber zurück zu Patrick Bond.

Ich freue mich sehr, dass Patrick Bond bei uns ist. Er ist ein politischer Ökonom und Professor für Soziologie an der Universität von Johannesburg, wo er das Center for Social Change leitet. Er ist auch der Autor eines Buches mit dem Titel *BRICS: An Anti-Capitalist Critique*, das er zusammen mit Ana García verfasst hat. Schön, dass Sie wieder bei uns sind, Patrick. Vielen Dank.

Patrick Bond (PB): Vielen Dank, Talia. Es ist toll, wieder bei *theAnalysis* dabei zu sein.

TB: Warum sprechen wir nicht über die BRICS und ihren vermeintlichen Widerstand gegen den israelischen Völkermord und gegen Trump? Wenn man sich die politische Elite in Südafrika ansieht, gibt es dort meiner Meinung nach eine Fraktion, die sagen würde: „Lasst uns die Rhetorik der palästinensischen Solidarität abschwächen und versuchen, uns mit Trump zu versöhnen.“ Wie würden Sie Cyril Ramaphosas Vorgehen charakterisieren? Es wird immer noch viel Kohle von Südafrika nach Israel geliefert. Sie haben kürzlich darüber geschrieben. Sie sagten, dass Israels zu 17,5 % kohlebetriebenes Stromnetz auch von Südafrika abhängig ist, und am 11. Februar kam ein riesiges Schiff für Massengüter namens

Cape Friendship direkt von Richards Bay in Südafrika im israelischen Hafen Hadera an und transportierte 170.000 Tonnen Kohle. Wie steht Südafrika tatsächlich zum Thema Solidarität mit Palästina?

PB: Talia, was die Zahlen angeht, haben Sie recht. Dies macht uns derzeit zum zweitgrößten Kohlelieferanten. Der größte Lieferant ist ironischerweise Kolumbien, das im Juni letzten Jahres angekündigt hat: „Nein, das werden wir nicht tun.“ Gustavo Petro, ein großartiger Präsident des Landes, erklärte: „Dies ist ein Beitrag zum Völkermord. Solange es einen Völkermord gibt, werden wir nicht zulassen, dass diese Kohle von zwei Unternehmen stammt“, nämlich dem in der Schweiz ansässigen Unternehmen Glencore, das an der Johannesburger Börse und der Londoner Börse notiert ist, und Drummond aus dem US-Bundesstaat Alabama.

Diese beiden Unternehmen haben allein im letzten Monat drei Schiffe aus Kolumbien nach Hadera geschickt. Die Kohle wird entladen und im Kraftwerk Orot Rabin verbrannt, und wie Sie sagen, stammen 17,5 % des israelischen Stromnetzes aus diesem Kohlekraftwerk. Der Transport von so viel Kohle hat viele Auswirkungen auf das Klima. Südafrika macht das schon seit den 1990er Jahren. Wir haben ein Unternehmen mit Verträgen seines Vorgängers namens Xstrata gefunden, allen voran Glencore. Sie haben sich mit dem Schwager von Präsident Cyril Ramaphosa zusammengetan. Sein Name ist Patrice Motsepe, sein Unternehmen ist African Rainbow Minerals.

Wenn man das zusammennimmt und sich vor Augen hält, dass Glencore nicht nur mit Motsepe selbst, sondern auch mit seinem Schwager Ramaphosa als Vorsitzender eines der größten Kohlebergwerke und seiner Shanduka Coal Company in Verbindung mit Glencore zusammengearbeitet hat, dann ergibt das ein sehr fragwürdiges Bild an der Spitze, einschließlich des Präsidenten. Wir stehen vor einer Schizophrenie, bei der unsere BDS-Bewegung, die gegen Glencore protestiert und Patrice Motsepe anprangert, alles versucht, um den Aufruf an Gruppen in Kolumbien und natürlich in Ramallah und in Deutschland zu beenden, wo Shir Hever, wie Sie vielleicht wissen, einer der Manager dieser Kampagne ist, die Energie für Israel stoppen soll. Das Dilemma besteht darin, dass sie einfach so viel Profit machen.

Das andere Problem mit einer vollständigen Stilllegung der Kohlekraftwerke ist, dass wir eine jährliche Gesamtkapazität von etwa 80 Millionen Tonnen haben, die in letzter Zeit aber eher bei 50 Millionen Tonnen lag, was auf die Unterbrechung der Schienenverbindungen durch kriminelle Kabeldiebe und mangelnde Wartung zurückzuführen ist. Wenn man jedoch die enormen Anstrengungen von Glencore betrachtet, die etwa eineinhalb Millionen, manchmal sogar bis zu fünf Millionen Tonnen Kohle in das israelische Netz importieren, dann wird das Thema zu einer hohen Priorität. Natürlich gibt es auch Öl, und neue Mitglieder der BRICS, wie Nigeria, sind sehr stark im Ölgeschäft tätig. Die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien, das fast BRICS-Mitglied geworden wäre, liefern ebenfalls Gas. Brasilien, eines der Gründungsmitglieder der BRICS, liefert 9 % des israelischen Öls. Russland wiederum lässt das kasachische Öl durch die Ostseehäfen Russlands passieren.

Wir haben es mit vielen Ebenen zu tun, zu denen wir noch Folgendes hinzufügen können, Talia, da Sie nach der BRICS in Israel fragen: Der wichtigste Hafen, der Hafen von Haifa, wird von zwei Unternehmen privatisiert. Einer ist Shanghai, SIPG, und der andere ist die indische Adani Group. Dann betrachten wir die militärischen Beziehungen. Yahya Sinwar wurde von einer Drohne aus China getötet. Es gibt viele dieser IDF-Drohnen, die in China hergestellt werden. Indien hat der IDF reichlich Munition zur Verfügung gestellt und unterhält seit langem enge militärische Beziehungen. In Südafrika gibt es eine militärische Persönlichkeit, einen Waffenhändler, der sehr enge Beziehungen zur IDF unterhält und ein Büro in Tel Aviv hat, nämlich Ivor Ichikowitz. Brasilien war Gastgeber für Elbit. Sie haben dort ein Büro. Der Südafrikaner, Ichikowitz und Elbit machen gemeinsam Geschäfte mit der faschistischen Armee Ecuadors für große Militärfahrzeuge. Ich könnte noch viel mehr aufzählen, aber es geht darum, dass es jetzt, wenn man diese BRICS hinzufügt, zehn sind, nicht nur Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika, sondern auch die Vereinigten Arabischen Emirate und Ägypten. Dazu kommen Indonesien, Äthiopien und der Iran. Der Iran ist sicherlich der Hauptfeind Israels in der Region, offensichtlich nach dem Rest dieser Achse des Widerstands, die sich immer noch aufbäumt.

Ich denke, das macht die BRICS ziemlich schizophren. Vier der Geiseln aus den Hamas-Tunneln sind Russen. Putin selbst schätzt, dass von den 7,2 Millionen Juden in Israel zwei Millionen russische Staatsbürger sind, was auf die massive Einwanderung nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zurückzuführen ist.

Das bedeutet, Talia, dass Südafrika vor dem Internationalen Gerichtshof und dem Internationalen Strafgerichtshof zwar linksgerichtet auftreten kann, wir aber überall rechtsgerichtete Tendenzen oder Profiteure des Völkermords finden. Es geht nicht nur um Kohle, sondern auch um Diamanten und Weintrauben. In einem solchen Milieu zu agieren, in dem wir immer wieder solche Ereignisse erleben, wie das Massaker in der Mine von Stilfontein im vergangenen Monat, bei dem der Präsident einfach erklärte, man wolle die Bergleute ausräuchern, dabei starben mindestens 87, wahrscheinlich 150, vielleicht sogar noch mehr. Wir sehen also, wie die G20 für sich selbst Werbung macht. Sogar Ramaphosa sagte beim letzten G20-Treffen: „Setzt den Hunger nicht als Kriegswaffe ein“, aber genau das haben sie getan, indem sie Menschen verhungern ließen, wobei einige sogar zum Kannibalismus gezwungen waren, 2,5 Kilometer tief in dieser Mine. Das sind sozusagen die Auswirkungen einer sehr, sehr brutalen kapitalistischen Gesellschaft hier. Aber die oberflächliche Rhetorik von Solidarität, Gleichheit und Nachhaltigkeit, die wir alle so gerne hören, und die Aktionen gegen Völkermord beim Internationalen Gerichtshof schaffen eine gewisse, ich weiß nicht, wie wir es nennen sollen, aber sie lässt uns alle ratlos zurück.

TB: Ich denke, es gibt hier zwei Dinge zu beachten. Wir können natürlich nicht vernachlässigen, was Südafrika für die Palästinenser durch die Vorlage dieses Falls vor dem Internationalen Gerichtshof getan hat, indem es im Wesentlichen die Aufmerksamkeit auf israelische Kriegsverbrechen und den israelischen Völkermord gelenkt und Beweise dafür vorgelegt hat, dass es hier einen plausiblen Fall von Völkermord durch das israelische Militär

im Gazastreifen gibt. Dann gibt es natürlich, wie Sie bereits erwähnt haben, die The Hague Group, ein Zusammenschluss von Ländern, zu dem Belize, Bolivien, Chile, Kuba, Kolumbien, Honduras, Malaysia, Namibia, Senegal und, wie Sie bereits erwähnt haben, Südafrika gehören. Es gibt Bemühungen, sicherzustellen, dass die sogenannte regelbasierte Anweisung tatsächlich auf gerechte Weise durchgesetzt wird, auf eine Weise, die die Gleichheit der Staaten anerkennt. Das war etwas, das in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg verankert wurde, als jedes Land eine Stimme hatte.

Leider sieht die Realität anders aus, wenn man sich die Machtverhältnisse ansieht. Ich denke, das wurde kürzlich auf der Münchener Sicherheitskonferenz deutlich, wo der russische Imperialismus völlig zu Recht verurteilt wurde, aber die Bemühungen der Vereinigten Staaten oder Europas, Imperialismus oder Kolonialismus in Israel oder an anderen Orten zu ermöglichen, ohne auch nur die Rolle des Westens bei der Aufrechterhaltung des Krieges in der Ukraine anzuerkennen, wurden überhaupt nicht thematisiert. Ich frage mich, wie Sie diese sogenannte regelbasierte Ordnung und ihre Wahrnehmung in Zukunft sehen, oder ob es in den nächsten Jahren unter der Trump-Regierung nur die Anweisung „Macht geht vor Recht“ geben wird.

PB: Lassen Sie uns einen Schritt zurücktreten, denn das Terrain, auf dem wir dies diskutieren, ist die schwindende Macht des US-Imperiums, aber innerhalb der imperialistischen Bewegung, die viel größer ist als nur das Pentagon. Das Tricontinental Institute ist der Ansicht, dass Hyperimperialismus nicht nur von den militärischen Kapazitäten ausgeht. Wenn man jedoch den Imperialismus in einem breiteren Sinne betrachtet, dann findet man zwei Logiken. Die eine ist die Logik der Kapitalakkumulation und die andere ist die Logik der territorialen Expansion. Ich denke, darauf wollen Sie hinaus, nämlich dass die NATO bis zu einem gewissen Grad dafür verantwortlich gemacht werden kann, Russland durch die Osterweiterung provoziert zu haben – obwohl in den frühen 90er Jahren von Kohl, Reagan, Thatcher und George H. W. Bush gegenüber Jelzin und Gorbatschow versprochen wurde, nicht mehr zu tun, als Ostdeutschland wieder in Westdeutschland, in das vereinte Deutschland, zu integrieren. Diese regelmäßigen Verstöße, auch in den letzten Jahren durch Barack Obama, aber während der gesamten Bush-Regierung, diese Verstöße provozierten einen zunehmend verärgerten Wladimir Putin, der auf einer früheren Münchener Konferenz, ich glaube 2011, wirklich deutlich gemacht hat, dass dies die rote Linie sei und man nicht versuchen sollte, weitere Länder wie die Ukraine in die NATO aufzunehmen.

Diese Entschuldigung ist zwar plausibel, aber unentschuldbar. Mit anderen Worten, vielleicht eine halbe Million Ukrainer, Kinder aus der Arbeiterklasse, zu überfallen und zu töten und riesige Teile des Landes in die Luft zu jagen. Mit Sicherheit ist es die Logik der Akkumulation, wenn Konzerne wie BlackRock, große Bergbaukonzerne und Agrarkonzerne die Ukraine ins Auge fassen, um die Überreste der Ukraine zu privatisieren. Die Russen interessieren sich für die wichtigen Mineralien, von denen sich etwa 60 % in dem Land befinden, in das sie gerade einmarschiert sind. Das ist Teil der kapitalistischen Akkumulationslogik.

Alles in allem sieht es für mich so aus, als gäbe es eine sub-imperiale Schicht innerhalb des Imperialismus. Das geht nicht nur auf Lenin zurück, der von den kleinen imperialistischen Staaten sprach, sondern auch auf einen Mann namens Ruy Mauro Marini, einen Brasilianer, der 1964 mit dem von den USA unterstützten Putsch gegen die Demokratie von Goulart und die Machtübernahme der Generäle einherging. Marini, ein Abhängigkeitstheoretiker, ging ins Exil nach Mexiko und begann diese Diskussion über diese andere Ebene, die eine Schlüsselrolle spielt. Nationen oder Länder, die eine Schlüsselrolle bei der Ausbreitung des Imperialismus spielen. Obwohl es Widersprüche gibt oder Momente, in denen diese Kräfte in Kontakt kommen und es wirklich ernst wird, können sub-imperiale Länder wie Russland abtrünnig werden. Sie halten sich an keine Regeln. Sie tauchen einfach auf, führen eine Invasion durch und leugnen die Souveränität der Ukraine. Ebenso gibt es einen Schurkenimperialismus. Ich würde sagen, Janet Yellen, die US-Finanzministerin, ging auf Abwege, als sie ihre westlichen Kollegen dazu drängte, etwa 350 Milliarden oder mehr, nicht nur von der russischen Zentralbank, sondern auch von den Oligarchen, deren Vermögen sie im Februar und März achtlos im Westen zurückgelassen hatten, zu stehlen. Dann begannen sie, das Finanzsystem zu zerschlagen. Wie Putin immer wieder beklagt, haben sie den Dollar zur Waffe gemacht. In diesem Sinne haben wir sogar gesehen, dass die Neue Entwicklungsbank der BRICS-Staaten sich dem anschließt, da sie nicht wirklich ihrem 20-prozentigen Anteilseigner in Moskau antworten, weil Moskau am 4. März 2022 abgeschnitten wurde. Wem antworten sie? Nun, das ist ziemlich offensichtlich. Ich habe mit einigen Top-Führungskräften dort gesprochen. Sie antworteten den drei wichtigsten Ratingagenturen, Standard & Poor's, Fitch und Moody's in New York.

Wenn man sich das zusammen vor Augen führt, wird ein globaler Ansatz der Wertschöpfungskette absolut deutlich. Mein Telefon hier, ein Telefon einer westlichen Marke, wurde von Kindern in der östlichen Demokratischen Republik Kongo hergestellt. In diesem Kohlekraftwerk in der Demokratischen Republik Kongo sehe ich, dass ein Teil der Gewinne nach Ruanda fließt, da das Kohlekraftwerk nicht über die Demokratische Republik Kongo vertrieben wurde, da die Demokratische Republik Kongo sogar Apple verklagt hat. Es wird über Ruanda vertrieben, eine M23-Übernahme der Ostseite der Demokratischen Republik Kongo in den letzten Wochen. Wir werden das bestätigen. Wohin geht das Kohlekraftwerk? Sie geht an Foxconn oder ähnliche Werke an der Ostküste Chinas oder nach Chengdu oder wohin auch immer, und landet dann mit dem enormen Gewinn bei diesen Unternehmen westlicher Prägung, die über geistiges Eigentum, Marketing, Lizenzgebühren und Finanzierung sowie alle Systeme verfügen, die sie zur Erzielung der meisten Gewinne benötigen. Es liegt an diesem Imperialismus und dem Subimperialismus der chinesischen Mine und der chinesischen Fabrik, auch wenn es sich um eine taiwanesische Fabrik, Foxconn, handelt. Sie erhalten Schutz von der South African National Defense Force. Wir verfügten über etwa 3.000 Soldaten, 14 von ihnen sind in den letzten Wochen gestorben. Eine große Tragödie. Aber unsere SANDF ist als sub-imperiale Armee im Einsatz, wie sie es im Auftrag von Total Energies im Norden Mosambiks und an verschiedenen anderen Orten war.

In gewisser Weise ist das der Grund, warum ich ein größeres Bild für notwendig halte, in dem die Weltsystemschule der Soziologie, Kern, Semi-Peripherie und Peripherie, angepasst werden kann, um sicherzustellen, dass wir sub-imperiale Beziehungen verstehen. Diese werden auf alle möglichen Arten zerschlagen, sicherlich von Putin, von Janet Yellen und natürlich jetzt von Donald Trump, der einige der wichtigsten Teile des Imperialismus aufgibt, dieselbe Maschinerie wie die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen, ein sehr wirksames Instrument, die UNFCCC, um die Interessen sowohl des Westens als auch der BRICS voranzutreiben. Ich denke, es ist diese Kombination, nach der wir suchen. Es geht nicht darum, dass die BRICS-Staaten gegen den Westen sind oder antiimperialistisch. Es liegt daran, dass der Westen sub-imperialistisch ist.

TB: Ich wollte Sie nach einem theoretischen Konzept fragen, das Sie häufig verwenden, und zwar die Überakkumulation von Kapital. Die polnisch-deutsche Revolutionärin Rosa Luxemburg war eine der ersten, die in ihrem Werk über den Imperialismus von der Überakkumulation von Kapital sprach. Sie schrieb, dass die Überakkumulation von Kapital in regelmäßigen Abständen in Krisen ausbricht und das Kapital in eine kontinuierliche Erweiterung des Marktes treibt.

Sie haben dieses Konzept in einem anderen Ihrer Artikel mit dem Titel *Capitalist Crisis: An Uneven Development Applied in Southern Africa (Kapitalistische Krise: Eine ungleiche Entwicklung im südlichen Afrika)* verwendet. Ich zitiere einen Teil Ihres Artikels, in dem Sie schreiben: „In der Regel reagiert der Kapitalismus auf Überakkumulationskrisen mit einer letztlich selbstzerstörerischen Art und Weise, indem er versucht, die Rentabilität durch das wiederherzustellen, was Marx als relative und absolute Formen der Mehrwertabschöpfung bezeichnete. Ersteres ist der noch schnellere Ersatz von Arbeitern durch Maschinen, um einen Vorteil gegenüber der Konkurrenz zu erlangen. Letzteres ist die Geschwindigkeit der Fließbänder und Arbeitszeiten sowie die Senkung der Löhne der Arbeiter.“ Ich vermute, dass die KI diesen Ersatz von Arbeitskräften ebenfalls vornimmt, wobei dies ein ganz anderes Thema ist, über das wir sprechen können. Wenn man sich diese Überakkumulation ansieht, würden Sie sagen, dass dies weiterhin geschieht? Benötigt der Kapitalismus im Allgemeinen Grenzen, um sich selbst zu reproduzieren? Gibt es noch Grenzen, die der Kapitalismus tatsächlich aufzehren und ausschlachten kann?

PB: Oh ja. Es ist doch eine grundlegende Tendenz des Kapitalismus, zunächst einmal zu viel zu produzieren, weil der Mehrwert, also die Arbeit, die in einer Beziehung zwischen Kapital und Arbeit herausgeholt werden kann, und wir werden auch die dafür entscheidenden Umweltressourcen hinzufügen, nicht so hoch sein kann, weil sie im Verhältnis zu den Löhnen oder der Kaufkraft produktiv sind. Wenn Sie überproduzieren und das Kapital in andere Bereiche fließt, verlässt es Ihre Fabriken. Der Eigentümer und die Finanzabteilung sagen: „Eigentlich wollen wir nicht in neue Maschinen investieren. Wo können wir das Geld anlegen?“ Nachdem Sie das Relative und Absolute getan haben, d. h. Sie haben mehr Maschinen eingesetzt, Sie haben mehr Produkte, Sie haben Ihre Arbeiter härter arbeiten lassen, haben Sie immer noch mit dem Problem der Überproduktion zu kämpfen, sogar noch

stärker. Sie übertreffen einfach Ihren Konkurrenten, der nicht so schnell gehandelt hat, um so effizient und produktiv zu werden wie Sie. Aber wohin fließt dann Ihr Geld?

Normalerweise gibt es drei Wege. Sie werden als Verschiebung, Stillstand und Diebstahl bezeichnet. Die Verschiebung sorgt für eine Verlagerung, wie Luxemburg sagte. David Harvey verwendet den Begriff räumliche Korrektur, geografische Bewegung, ungleiche Entwicklung, um sicherzustellen, dass das Kapital einen anderen Ort mit billigeren Rohstoffen, weniger Umweltschutzauflagen, ohne Gewerkschaften oder vielleicht neuen Märkten findet. Sie verlagern ihr Kapital. Man kann es aus dem Rostgürtel in den USA in den Süden verlagern, dann zu den Maquiladoras in Mexiko und schließlich an die Ostküste Chinas.

Das zweite ist das Hinauszögern. Dieses hat in der Regel mit Finanzen zu tun, denn dann kann man das zusätzliche Geld, das man verdient hat, nicht in neue Maschinen investieren, weil man bereits zu viel Inventar hat. Anschließend wird dieses erwirtschaftete Geld in das Finanzsystem investiert, und Kredite werden zu einem Weg, um einen Teil dieser Überproduktion durch die Vergabe von Darlehen, Unternehmenskrediten oder Staatskrediten aufzufangen. Auch hier stößt man irgendwann an seine eigenen Grenzen. Wir sehen, wie überall Schuldenkrisen auftauchen, wenn die Zinssätze steigen oder die Grenzen des Marktes wieder spürbar werden.

Die dritte ist die Anhäufung durch Enteignung, durch Diebstahl. Die Verlagerung ist geografisch, das Hinauszögern ist zeitlich über eine gewisse Periode, eine zeitliche Lösung durch Finanzen. Die dritte, der Diebstahl, ist die Anhäufung durch Enteignung, insbesondere wenn der Kapitalismus auf die Natur trifft, wie Luxemburg schrieb. Sie schrieb über den Kapitalismus, der auf die Nicht-Kapitalisten trifft, d.h. auf Hilfsvereine zur gegenseitigen Unterstützung, in denen Frauen vielleicht in Matriarchaten, Stammeshierarchien oder allen möglichen Systemen lebten, die nicht dem klassischen geborenen Proletariat entsprachen. Man müsste das Proletariat weit in die Ferne rücken. In Arbeitsmigrationssystemen müsste man die Natur aus dem Boden, den Minen und den aufstrebenden Industrien für fossile Brennstoffe entreißen. Diese werden durch das freie Geschenk der Natur geschaffen, wie Marx es beschrieb. Der Kapitalismus stiehlt also, er nimmt der Natur etwas weg. Er bedient sich auch bei vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen. Ich denke, Luxemburg hat das richtig verstanden, sie hat ein paar Fehler gemacht, wenn man es genau nimmt, etwa bei den Reproduktionsschemata, allerdings besser als, sagen wir, Lenin, Bucharin oder Hilferding, die zu dieser Zeit über den Imperialismus schrieben. Sie konnte wirklich sehen, wie der Kapitalismus, wie sie sagte, das Nichtkapitalistische auffrisst, nicht nur die internen Kämpfe zwischen imperialistischen Staaten, die Lenin für den Kern hielt. Ich denke es geht um diese Version des Imperialismus, die von Rosa Luxemburg, von Neil Smith in der Idee der ungleichen und kombinierten Entwicklung und dann von David Harvey in der Idee der ungleichen geografischen Sensibilität wiederholt wurde. Nun sind wir in der Lage, auf Ihre Frage zu antworten, ob dies vorherrschend ist? Ja, und zwar hauptsächlich an der Ostküste Chinas, wo die enormen Überproduktionsprobleme bestehen und die Fähigkeit gegeben ist, Zombie-Unternehmen zu schließen und Anreize zu schaffen, sich entlang einer

Belt-and-Road-Initiative zu bewegen, die das auslaufende System des überakkumulierten chinesischen Kapitals darstellt. Dies sind zwar vorübergehende Lösungen, aber auch sie stoßen an ihre Grenzen.

Ich habe letzten September auf dem Forum on China-Africa Cooperation (FOCAC) einen langen Artikel darüber gelesen. Er ist auf der Website cadtm.org zu finden, wo er all die verschiedenen Möglichkeiten aufzeigt. Die offensichtlichste, aber auch verrückteste Beschreibung der Solar- und Elektrofahrzeug- sowie Batterieproduktion in China ist die von Überkapazitäten. Wenn man sich die Klimakrise anschaut, dann gibt es keine Überkapazitäten für Solarenergie. Wir müssen sie überall einsetzen. Die Überkapazität ist offensichtlich darauf zurückzuführen, dass der Kapitalismus die Verkaufsgrenzen vorgibt. Aber ja, ich denke, die effektivsten und effizientesten Produktionssysteme der Welt sind chinesisch, und sie verdrängen die Konkurrenz. Wir haben gerade in den letzten zwei Wochen etwa 20 % unserer Stahlproduktion durch chinesische Billigimporte verloren. Diese zu besteuern, um zu sagen: „Oh, ihr habt eine Menge kostenloser CO₂-Emissionen. Ihr habt eine Menge kostenloser Versandemissionen.“ Vielleicht ergreifen wir Maßnahmen, aber ich denke, der einzige Ausweg ist eine ökosozialistische Planung, damit diese enorme Überkapazität tatsächlich vergesellschaftet werden kann.

Haben wir so etwas schon einmal erlebt? Ich meine, ich bin beeindruckt von China, weil es versucht, Überkapazitäten in der Stahlindustrie abzubauen, aber der Druck bleibt bestehen. Sie liegen immer noch bei etwa einer Milliarde Tonnen pro Jahr, und das ist weit über die Hälfte der weltweiten Stahlproduktion. Das ist es, was alle aus dem Geschäft treibt.

Die Europäer haben eine Strategie, den CO₂-Grenzausgleichsmechanismus, den CBAM, der darauf abzielt, dass der chinesische CO₂-Markt, was den CO₂-Preis angeht, bei höchstens 10 US-Dollar pro Tonne liegt, im Vergleich zu den 85 US-Dollar, die der europäische Markt heute wahrscheinlich hat, ich habe das nicht überprüft. Aber natürlich hat China einen großen Vorteil, weil es keine so hohe Steuer hat. Der Plan sieht vor, dass ab dem 1. Januar nächsten Jahres sowohl der chinesische als auch der südafrikanische Stahl, Aluminium und Petrochemikalien – eben all diese Produkte, wie z. B. Autos, die nach Europa exportiert werden – mit hohen Zöllen belegt werden. Um das zu kompensieren und die Verlagerung der Emissionen zu stoppen, werden die Zölle nun sehr hoch sein.

Meiner Meinung nach ist das aus zwei Gründen positiv. Zum einen aus rein wirtschaftlicher Vernunft. Zum anderen hilft es Aktivisten, diese großen Unternehmen zu bekämpfen und den Strom, der hier in den Haushalten, kleinen Unternehmen oder arbeitsintensiven Industrien in Johannesburg aus unseren Steckdosen fließt, umzuleiten, denn er fließt in diese großen kapitalintensiven, in ausländischem Besitz befindlichen Unternehmen. BHP, das nach Kapitalisierung größte Bergbauunternehmen der Welt, ist ein gutes Beispiel, denn es bezieht 7 % unseres Stromnetzes. Sie zahlen nur 30 Cent pro Stunde, was einem Achtel dessen entspricht, was ich hier in meinem Haushalt in Johannesburg bezahle. Ich denke, dass wir solche Kämpfe ganz offen führen müssen, denn die offensichtliche Gegenargumentation von Menschen mit einer multipolaren Politik der Dritten Welt oder von Gewerkschaften könnte,

wenn auch unrechtmäßig, lauten, dass dies Imperialismus und Protektionismus sei und eine Möglichkeit, die westliche Machtstruktur aufrechtzuerhalten, was gegen die WHO und alles andere verstöße. Eine schöne Debatte, wie ich finde. Ich hatte diese Debatte zuletzt im vergangenen September in Wien mit der Euromemo-Gruppe, und meines Erachtens werden wir die Debatten fortsetzen. Wir führen sie hier mit unseren Dritte-Welt-Befürwortern über die Frage, wie wir uns verändern und dekarbonisieren können, ob wir das Ganze unter eine gewisse soziale Kontrolle bringen können und was die Gemeinden und natürlich die Arbeitnehmer davon erwarten.

TB: Bevor wir zum Ende kommen, möchte ich Sie noch nach Trumps erschreckenden Kommentaren zu Gaza Rivera fragen, denn Trumps grotesker Plan besteht im Wesentlichen darin, den israelischen Generalplan der ethnischen Säuberung der Palästinenser fortzusetzen, aber noch einen Schritt weiter zu gehen und den gesamten Gazastreifen zu übernehmen und die Palästinenser gewaltsam in andere Nachbarländer wie Ägypten und Jordanien zu vertreiben. Er hat mit Al-Sisi aus Ägypten und König Abdallah gesprochen und gesagt, dass sie vertriebene Palästinenser aufnehmen müssen. Glauben Sie, dass er dies wirklich beabsichtigt? Oder hat er diesen Plan lediglich in der Absicht entwickelt, eine bessere Verhandlungsposition zu erlangen, um Druck auf sie auszuüben und zu sehen, was sie im Gegenzug vorbringen? Wie schätzen Sie die Dynamik hier ein?

PB: Ich denke, es hängt davon ab, was Mohammed bin Salman, der gekrönte saudische Prinz, tun wird. Er hat sich ziemlich deutlich geäußert: Man kann nicht sagen, dass wir es vielleicht am Ende tun werden, wir könnten die Beziehungen zu Israel normalisiert haben. Aber wirklich, ich habe hier ein Problem, das eine Wut in unserer Gesellschaft ist. Dann gilt dasselbe für Ägypten. Natürlich sagt Sisi: „Nein, das könnt ihr nicht tun.“ Abdallah, der jordanische König, befand sich in einer sehr unangenehmen Situation und sagte: „Nun, wir müssen darüber nachdenken, wie wir das am besten machen können.“

Die Situation ist offensichtlich sehr dynamisch und Trump bringt völlig absurde Ideen vor, die nie weiterverfolgt werden. Dies geschah übrigens am 5. Februar. Am 6. Februar sahen wir die Antwort der südafrikanischen Präsidentschaft. Es zeigt nur, dass wir trotz der mutigen Entscheidung, vor den Internationalen Gerichtshof zu gehen und zu sagen: „Israel verübt einen Völkermord an den Palästinensern“, immer noch eine sehr, sehr zahme und unterwürfige Präsidentschaft haben. Vincent Magwenya, der Sprecher von Präsident Ramaphosa, sagte: „Wir müssen Präsident Ramaphosa wohl dazu bringen, sich eine Auszeit zu nehmen und seinen Golfschwung zu üben, damit er Donald Trump auf einen unserer besten Golflinks einladen kann, und dann können sie ein anständiges Spiel bestreiten. Und das nur Stunden nachdem Netanjahu und Trump dieses Übernahmeangebot für Gaza gemacht haben. Dann sagte Marco Rubio: „Ich komme nicht, weil ihr zu ‚woke‘ seid.“ Das ist diese Unterwürfigkeit. Am vergangenen Wochenende hat unser Handelsminister angedeutet, dass es anstelle von AGOA (African Growth and Opportunity Act, zu deutsch Afrikanisches Wachstums- und Handelsabkommen) ein bilaterales Freihandelsabkommen geben könnte; eine Abspaltung Südafrikas vom Rest des Kontinents wäre für Trumps eigene Exporteure von Vorteil, die ihn unterstützen könnten.“

Schließlich gibt es viele Missionen, darunter jetzt auch eine nach Washington. Wir hatten den Botschafter Südafrikas in Washington, Ebrahim Rasool, einen linksgerichteten Muslim, einen großartigen Mann, der öffentlich sagen musste, als Trump an die Macht kam, dass wir unser Megaphon fallen lassen werden, was bedeutet, dass die Palästina-Fürsprache nicht mehr so sichtbar sein wird. Es ist dieser, nennen wir es den unterwürfigen, „Mach, was der Tyrann will“-Ansatz.

Der zweite Ansatz, den ich sehe, und das ist nicht nur eine Reaktion auf Gaza, sondern auch ein wenig Militanz von Leuten wie dem scheidenden kanadischen Premierminister Trudeau, der mexikanischen Präsidentin Sheinbaum, dem kolumbianischen Präsidenten Petro und dem panamaischen Präsidenten. Es zeigt sich ein wenig Widerstand, aber eher vereinzelt und auf atomistische, individualistische Weise, was uns nicht weiterbringt.

Drittens gibt es, wie Sie bereits sagten, die The Hague Group, eine Art Kollektiv. Ob Südafrika tatsächlich vom Erfolg der gefeierten The Hague Group lernen, vielleicht einige der besser gestellten europäischen Länder anziehen und vielleicht sogar dazu übergehen wird, den neoliberalen europäischen Flügel des Imperialismus von den Flügeln Trumps, der Paläokonservativen und der Neokonservativen abzuspalten und vielleicht sogar einen Keil hineinzutreiben.

Meiner Erfahrung nach ist uns das bisher nur einmal gelungen. 2011 habe ich einige Zeit in Gaza verbracht und an der Islamischen Universität und in Ramallah über dieses Thema gesprochen. Das ist eine sehr spannende Geschichte. 1985, vor 40 Jahren, kam es in dieser Stadt zu folgendem Vorfall: Ausreichend internationaler Druck und lokale Proteste führten dazu, dass die westlichen Banken ihre Kreditvergabe einstellten. Ähnlich wie bei meinem Vorschlag, hart gegen Trump vorzugehen, ein Bündnis zu schließen und einen Keil in den imperialistischen Block zu treiben. Der weiße Block wurde vor 40 Jahren von westlichen Finanziers unter dem Druck von Demonstranten und lokalen Demonstranten hier in Südafrika gespalten. Das passierte im September 1985, nachdem P. W. Botha, der rechtsgerichtete südafrikanische Präsident, ein echter Tyrann, reihenweise Menschen getötet hatte.

Anschließend sagte er: „Die Probleme Südafrikas werden nur von Südafrikanern gelöst werden“, und er legte eine sehr, sehr harsche Haltung an den Tag. Die Reaktion der Banken war: „Zum Teufel mit euch. Ihr werdet eure Probleme nicht lösen. Wir ziehen unser Geld ab.“ Das bedeutete, dass die weißen englischsprachigen Kapitalisten hier in Johannesburg nun einen großen Konflikt mit dem rassistischen Afrikaner aus Pretoria hatten, der das Apartheid-System leitete. In diesem Keil, der aus finanziellen Sanktionen bestand, zeigte sich genug Anfälligkeit seitens der Weißen, sodass die Leute, mit denen der weiße Geschäftsmann in Lusaka zusammentraf, buchstäblich Tage nach einem Zahlungsausfall, der Schließung der Börse und der Einführung von Devisenkontrollen für weiße englischsprachige Unternehmen, dazu führten, dass diese Leute, der African National Congress, Oliver Tambo, Thabo Mbeki und Joe Slovo, tatsächlich ein Abkommen aushandeln konnten, das uns in Südafrika zu einer Person, einer Stimme in einem Einheitsstaat verhalf. Ungeachtet aller anderen Zugeständnisse nennen die Menschen sie [unverständlich 00:29:59] zumindest diese

grundlegende Demokratie. Vielleicht gibt es Palästinenser, die denken, dass BDS, so wie es in Südafrika funktioniert hat, uns in einem Einheitsstaat zur Einführung des Prinzips „eine Person, eine Stimme“ verhelfen könnte. Wenn dem so ist, werden wir sehr hart daran arbeiten, dies zu erreichen.

TB: Patrick Bond, Politischer Ökonom und Direktor des Center for Social Change, es war mir wie immer ein Vergnügen, mit Ihnen zu sprechen. Vielen Dank.

PB: Danke, Talia.

TB: Vielen Dank für Ihre fortwährende Unterstützung und Ihr Interesse an *theAnalysis.news*. Bis zum nächsten Mal.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO:

Kontoinhaber: acTVism München e.V.
Bank: GLS Bank
IBAN: DE89430609678224073600
BIC: GENODEM1GLS

PAYPAL:

E-Mail: PayPal@acTVism.org
g

PATREON:

<https://www.patreon.com/acTVis>
m

BETTERPLACE:

Link: [Klicken Sie hier](#)

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar.
Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org